



Niederschrift

39. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 15.05.2018
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	bis 17:50 Uhr, TOP 4.1
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Uwe Adler	SPD	bis 19:50 Uhr, TOP 5.1
Herr Daniel Keller	SPD	
Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat
Frau Tina Lange	DIE LINKE
Frau Grit Schkölziger	SPD
Herr Ronald Sima	DIE LINKE
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Beigeordnete
Bildung, Kultur, Sport

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt
gen. Sacken

sachkundige Einwohner

Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	nicht entschuldigt
Herr Christian Porath	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Steve Schulz	SPD	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Lina Schindler Fachbereich Bildung und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.04.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Moratorium BUGA-Volkspark
Vorlage: 18/SVV/0260
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
JHA, SBV
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan (Sachstand Baumaßnahmen)
- 4.2 Information Schulplanung Krampnitz
- 4.3 Information zu Sportstadtmitteln 2018
- 4.4 Situation am Luftschiffhafen - 1. FFC Turbine Potsdam / Potsdam Royals e.V.
- 4.5 Neubeauftragung Bundesstützpunkt Judo
- 4.6 Information zur geplanten Erweiterung der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben
Gesamtschule
- 5 Sonstiges
- 5.1 nächste Ausschusssitzungen

- 5.2 Sachstand Verlegung Sportplatz Universität Potsdam
- 5.3 Gewährungen von Leistungen für Bildung und Teilhabe (BUT)

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende **Herr Clemens Viehrig** eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.04.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **7** stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 24.04.2018 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird **einstimmig zugestimmt**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

- Zum TOP 3.1 – Moratorium BUGA-Volkspark
Herr Lehmann (Bereichsleiter Stadterneuerung)

Er schlägt vor, die Tagesordnung um folgende Punkte unter „Mitteilungen der Verwaltung“ zu ergänzen:

TOP 4.4. - Situation am Luftschiffhafen – 1. FFC Turbine Potsdam / Potsdam Royals e.V.

TOP 4.5 - Neubeauftragung Bundesstützpunkt Judo

TOP 4.6 - Information zur geplanten Erweiterung der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule

Desweiteren soll die Sitzung um einen **nicht öffentlichen** Tagesordnungspunkt ergänzt werden.

TOP 6.1 – Information der Beigeordneten

Frau Beck bittet unter TOP 5 – Sonstiges um einen Sachstand zum Thema „Verlegung Sportplatz Universität Potsdam“

Der so geänderten Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Moratorium BUGA-Volkspark**

Vorlage: 18/SVV/0260

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

JHA, SBV

Frau Beck bringt den Tagesordnungspunkt ein. Anliegen des Antrages sei es, die zuletzt in den Jahren 1993/1994 festgelegten Entwicklungsziele, aufgrund der erheblichen Veränderungen seither, welche aufgrund des Bevölkerungswachstums auch im Bereich Bornstedter Feld zu verzeichnen sind, neu zu betrachten. Vor allem in Hinblick auf zusätzlichen Bedarf an Kitas, Schulen und Sportflächen. Es wird vorgeschlagen ein Werkstattverfahren durchzuführen. Dieses soll, bevor Maßnahmen zur Wohnbebauung am Standort durchgeführt werden, die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen feststellen. Sie informiert, dass die Zeitschiene zur Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung im Antrag noch angepasst werden soll. Der Termin wird von Juni 2018 auf September 2018 verschoben.

Herr Lehmann informiert, dass mit dem Beschluss zur sozialen Infrastruktur des Bornstedter Feldes bereits beauftragt wurde zu prüfen, ob aufgrund des zu erwartenden Wachstums der Bevölkerung weitere Flächen für soziale Infrastruktur (Kitas, Schulen, Sport, usw..) vorgehalten werden müssen. Auch wurde mit der Verlagerung des Zirkus Montelino eine externe Begutachtung der Infrastruktur am Standort beschlossen. Zum Ergebnis der Infrastrukturanalyse werde es in Kürze eine BK-Vorlage geben. Eine Finanzierungsübersicht werde auch enthalten sein. Die Berichterstattung wird voraussichtlich im November 2018 erfolgen.

Herr Viehrig ergänzt, dass mit dem Beschluss zum CDU/ANW-Antrag „Entwicklung des Bornstedter Feldes und der umliegenden Gebiete“ – DS 18/SVV/0023 - die auch im aktuellen Antrag enthaltenden Punkte bereits beschlossen wurden und eine dahingehende Prüfung bereits zugesagt wurde. Wichtig sei es, die Vielfalt der verschiedenen Angebote zu erhalten. Eine Wohnbebauung dürfe nicht die Angebote im Volkspark verringern. Er bittet die Antragssteller, den Antrag zurückzustellen, bis das Ergebnis der Prüfungen aus den anderen Anträgen im November vorliegt.

Frau Beck erklärt, dass in dem geplanten Werkstattverfahren alle Aspekte wie Infrastruktur, Wohnbebauung, Schulen, Kitas sowie die Freizeit- und Sportflächen noch einmal betrachtet werden könnten und mögliche räumliche Spielräume ermittelt werden könnten.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass ein Werkstattverfahren nicht zielführend sein werde. Die verschiedenen Optionen sollten in der Stadtverordnetenversammlung gegenübergestellt und gegeneinander abgewogen werden und nicht erst über ein langwieriges Werkstattverfahren laufen.

Frau Beck stellt den Antrag, Namens der Fraktion DIE aNDERE, **bis zur Ausschusssitzung im November zurück**, um das Ergebnis der Prüfung und die Berichterstattung der Verwaltung abzuwarten.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan (Sachstand Baumaßnahmen)**

Herr Richter stellt die aktuelle Präsentation zum Sachstand der Baumaßnahmen, anhand einer Powerpointpräsentation vor. Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt (**Anlage 1**).

Bezüglich der Brandschutzsanierung an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule berichtet er, dass weiterhin die Baugenehmigung noch offen ist. Ein Abstimmungsprozess mit der Schule und mit den Elternvertretern wird durchgeführt.

Für die Grundschule Bornim wurde nun zum dritten Mal eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. Zeitliche Auswirkungen, im Hinblick auf das Bauende seien hier zu erwarten. Gegebenenfalls könne der geplante Nutzungsbeginn - Winterferien 2019 - nicht eingehalten werden. Er betont aber, dass in diesem Fall der Schulbetrieb nicht gefährdet sein werde. Eine Berichterstattung dazu könne in der Junisitzung des Ausschusses gegeben werden.

Zur Schilfhofschule informiert er, dass der Mitteltrakt nach den Sommerferien in Nutzung genommen werden könne.

Zum Sportplatz in Waldstadt informiert Herr Viehrig, dass die Bauzäune nun entfernt wurden und der Sportplatz wieder für den Trainingsbetrieb freigegeben sei. Am 21.06.2018 um 09:00 Uhr werde der Platz offiziell durch das Ministerium übergeben.

Für die Baumaßnahmen an der Grundschule am Kirchsteigfeld, in der Gagarinstraße (GES 29), an der Grundschule im Bornstedter Feld, sowie für die Turnhalle der Ludwig-Renn-Grundschule, die Motorsporthalle, die Turnhalle & Außensportanlage am Gymnasium Haeckelstraße und den Sportplatz Golm – Kuhforter Damm gibt es keine Abweichungen in den Zeitplänen.

Herr Sima erkundigt sich nach dem Standort „Heinrich-Mann-Allee“. Herr Richter informiert, dass dieser Punkt im Hauptausschuss besprochen wird. Die Präsentation aus der Hauptausschusssitzung, in welcher der KIS zum Standort informiert wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. (**Anlage 2**) Ein Vorschlag zur Nutzung der verfügbaren Fläche wurde bereits mit der Pro Potsdam abgestimmt. Eine Interimslösung für Grundschule und Turnhalle sei gefunden. **Frau Aubel** ergänzt, dass noch keine Lösung zum Ankauf des Grundstückes gefunden wurde, eine andere Lösung, welche die Bedarfe für die Schule und den Hort abdeckt aber gefunden sei.

zu 4.2 **Information Schulplanung Krampnitz**

Frau Aubel informiert, dass derzeit geplant sei, eine weiterführende Schule, sowie zwei Grundschulen am Standort zu errichten. Ein genauer Zeitplan, wann mit dem Zulauf, wie vieler Einwohner zu rechnen ist werde als Planungsgrundlage benötigt. Dieser Zeitplan wird Anfang Juli 2018

bekannt gegeben.

Dann könne die Verwaltung abschätzen, wie viel Nutzungsfläche benötigt wird und auch mögliche Nutzungen wie beispielsweise durch die Bibliothek und die Musikschule prüfen, da auch diese Einrichtungen am jetzigen Standort an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Eine Überlegung sei auch die Mehrfachnutzung in Form eines „Bildungscampus“.

Diese Varianten werden in der Standortkonferenz, welche im Juli 2018 stattfinden wird, betrachtet. Falls die Einhaltung des Zeitplanes nicht möglich sein sollte, solle es für diesen Fall an der Regenbogenschule in Fahrland einen Puffer geben. Eine erneute Berichterstattung zu den Entwicklungen wird für die Julisitzung des Ausschusses zugesagt.

Durch die Erweiterung des Schulkostenbeitrages um die Investitionskosten entstünden nun auch vermehrt neue Schulen in den Nachbargemeinden.

Durch den Grundsatz der freien Schulwahl sei immer eine gewisse Planungsunschärfe gegeben. Es werden Gespräche mit dem Staatlichen Schulamt Brandenburg und mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zur Optimierung der Schulentwicklungsplanung geführt.

Auch sei eine Abstimmung mit den freien Trägern zur Vorverlegung des Ü1-Verfahrens geplant, um früher im Jahr Planungssicherheit zu erhalten und auch Eltern früher Informationen über den künftigen Schulplatz zu geben.

Herr Keller erkundigt sich, ob die regelmäßigen Änderungen in der Planung in den Schulentwicklungsplan aufgenommen werden. Er fragt, wie die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung durchgeführt wird und ob die Stadtverordneten durch die entsprechenden Arbeitsgruppen wieder mit einbezogen werden.

Frau Naundorf hält die Wiedereinberufung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung für notwendig, da auch in anderen Stadtteilen ständige Veränderungen in der Schulentwicklung entstehen und eine regelmäßige Information zu diesen nötig sei.

Frau Aubel berichtet, dass die aktuelle Bevölkerungsprognose als Grundlage der Schulentwicklungsplanung genutzt werde und es eine stetige Anpassung gebe.

Über die aktuellen Änderungen der Zahlen wurde in den verschiedenen Gremien informiert. Auch werden die Quartalsberichte zum Schulentwicklungsplan in den Hauptausschusssitzungen eingebracht.

Eine Reaktivierung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung sei möglich.

Sie schlägt vor, eine regelmäßige Berichterstattung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung im Ausschuss für Bildung und Sport zu geben. Ein nächster Sachstand werde nach Vorlage des neuen Quartalsberichtes erfolgen.

Zum aktuellen Stand bezüglich des Planungsbüros für die Schulentwicklung berichtet sie, dass dieses unmittelbar vor der Einrichtung stehe und dort auch die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung erfolgen werde. Der Schulentwicklungsplan soll nicht fremdvergeben werden.

Frau Wieczorek spricht sich dafür aus, da auch weitere Bedarfe wie beispielsweise eine weiterführende Schule im Potsdamer Norden bestehen, diese, und die dortigen Schulformen im Rahmen des Ausschusses für Bildung und Sport explizit erörtern zu lassen. Und diesen direkt in die Entscheidungen einzubinden.

Frau Aubel erklärt dazu, dass vorerst eine Entscheidungsgrundlage von der Verwaltung gegeben werden muss in der die entsprechenden Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen seien. Diese werde dann dem Ausschuss zur Entscheidungsfindung vorgelegt.

Da für den weiterführenden Bereich kein definierter Schuleinzugsbereich festgelegt werden kann, sei eine größere Verteilung der Schulen innerhalb des Stadtgebietes, anders als im Grundschulbereich, möglich. Je nach Schulform (Gymnasium, Gesamtschule und Oberschule), zählt neben der Wohnortnähe im weiterführenden Bereich auch das Leistungsprinzip (Eignung).

Herr Dörnbrack ergänzt, dass eher die verschiedenen Konzepte der Schule Entscheidungsgrundlage der Schüler und Eltern seien. In der Pappelallee gebe es den Grundstein für eine neue Gesamtschule, welche eine Erweiterung für den gesamten Potsdamer Norden darstelle.

Herr Adler merkt an, dass mit drei Gesamtschulen der Bedarf zunächst gedeckt sei. Fehlen würden für den Potsdamer Norden dann Gymnasien.

Frau Lange fragt, ob auch die Errichtung eines Schulzentrums am Standort Krampnitz möglich sei. Herr Dörnbrack informiert, dass Schulzentren, wie beispielsweise die Montessori Oberschule am Stern, was die Ausstattung angeht besser vom Land unterstützt werden. Daher wird auch diese Variante in die Planung mit aufgenommen.

Herr Keller geht auf die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung ein, es sei wichtig die Vertreter der Fraktionen über neue Erkenntnisse zu informieren. Auch im Bereich des Bildungsmonitorings sei eine Einbeziehung der Vertreter wichtig.

Herr Viehrig unterstützt die Wiedereinberufung der Arbeitsgruppe. Man könne sich in diesem Rahmen intensiv mit den aktuellen Planungen beschäftigen und die Ergebnisse dann in den Ausschuss weitergeben. Dieser könne somit schneller ein Votum fassen. Er weist darauf hin, dass alle Sachstandsberichte auch im Ratsinformationssystem einsehbar sind.

Herr Wollenberg sieht die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zur Vorbereitung von Arbeitsschritten für den politischen Prozess als wichtig an.

Frau Schkölziger spricht sich dafür aus auch Elternvertreter mit einzuladen um bei der Prüfung das Anwahlverhalten aus erster Hand zu erfahren.

Frau Aubel sagt eine erste Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung für den Sommer zu.

zu 4.3 Information zu Sportstadtmitteln 2018

Der Ergebnisvermerk zur Abstimmungsberatung der Verteilung der Sportstadtmittel für das Jahr 2018 wird als Tischvorlage ausgegeben. **(Anlage 3)**

Herr Gessner stellt die Tischvorlage vor. Die Bereitstellung der Sportstadtmittel geht auf den ehemaligen Hauptstadtvertrag zurück. Zum einen werden Veranstaltungen mit herausragender Bedeutung für die Landeshauptstadt Potsdam gefördert, zum anderen werden Sportvereine, welche sich in der ersten Liga bzw. in der höchsten Spielklasse ihrer Sportart befinden, gefördert. In der Übersicht wird die Förderung des letzten Jahres, die vom Verein beantragte Summe und der letztendlich abgestimmte Betrag für 2018 dargestellt.

Unabhängig von diesen Mitteln ist es auch möglich das zusätzliche Landesmittel in diese Projekte fließen. U.a. dazu erfolgt eine entsprechende Abstimmung. Er weist darauf hin, dass die Potsdam Royals im ersten Punkt - der Sportveranstaltungen - Berücksichtigung finden und mit 5.000 EUR gefördert werden. Im zweiten Punkt, der Erstliga-Vereine allerdings nicht, da Football nicht

zum Gefüge der Kernsportarten –siehe vom ABS bestätigte Kriterien Anlage 3 - gehört. Unabhängig von den Sportstadtmitteln erhalten die Royals Fördermittel gemäß Satzung, § 9.

Frau Aubel ergänzt, dass seitens der Vereine die Sorge geäußert wurde, wenn weitere Vereine Förderungen erhalten, die bisher vertretenden Vereine eine geringere Summe erhalten. Zur Vermeidung dieser Situation ist es geplant, im Zuge der nächsten Haushaltsplanung das für die Sportstadtmittel zur Verfügung stehende Gesamtbudget zu erhöhen und die Förderkriterien zu überarbeiten.

Auf Nachfrage von **Frau Naundorf**, warum unterschiedliche Fördersummen für die Veranstaltungen und Vereine zur Verfügung gestellt werden erklärt **Frau Aubel**, dass die spezifischen Summen von den Vereinen selbst beantragt werden.

Herr Gessner ergänzt, dass die Vereine konkrete Anträge mit einer Kostendarstellung/ Finanzplanung stellen. Diese sind von Maßnahme zu Maßnahme sehr unterschiedlich. Daran orientieren sich dann die entsprechenden Fördermittelzuweisungen.

Der unterschiedliche Aufwand der verschiedenen Veranstaltungen, die verschiedenen Spielorte etc. seien die Faktoren, die unterschiedliche Kosten verursachen.

Aufgrund einiger diesbezüglicher Fragen geht **Frau Pichler** auf die Förderung der Potsdam Royals ein. Es gibt keine absichtliche Benachteiligung dieses Vereines. Man halte sich an die Kriterien, welche nach dem Auslaufen des Hauptstadtvertrages festgelegt wurden.

Vorrangig Erstligamannschaften, welche sich im Schule-Leistungssport-Verbundsystem befinden, sollten hier gefördert werden. Wenn alle Mannschaften, die neu als Erstligisten dazu kommen, mit aufgenommen werden würden, hätte das zur Folge, dass sich bei den bereits vorhandenen Vereinen ein finanzieller Nachteil ergeben würde.

Herr Viehrig spricht sich dafür aus, die Erhöhung der Gesamtsumme in der Haushaltsplanung zu beschließen um den entsprechenden Vereinen Planungssicherheit zu geben und gleichzeitig die Kriterien der Mittelvergabe zu überarbeiten.

Herr Keller spricht sich dafür aus, die Kopplung der Sportfördermittel und der Sportstadtmittel in Erwägung zu ziehen, um dafür zu sorgen, dass für nachwachsende Erstliga Vereine mehr Mittel zu Verfügung stehen.

zu 4.4 Situation am Luftschiffhafen - 1. FFC Turbine Potsdam / Potsdam Royals e.V.

Herr Viehrig informiert, über eine von **Herr Sima** verfasste Mail aus der vergangenen Woche. Einige Fragen – bezüglich der Aufhängung eines Banners seitens der Potsdam Royals im Stadion am Luftschiffhafen wurden bereits geklärt. Dieser wurde in Abstimmung mit der Luftschiffhafen GmbH angebracht. Solche Banner sind auch an anderen Potsdamer Sportstätten nicht unüblich und werden nach dem Spiel wieder entfernt.

Zur letzten Frage der Mail: „Welche Lösungsvorschläge gibt es inzwischen, sowohl den Trainingsanforderungen des erfolgreichsten Mannschaftssportvereins Ostdeutschlands als auch den Wettkampfbedingungen eines aufstrebenden jungen Newcomer-Teams in einer gefragten sich rasant entwickelnden Trendsportart perspektivisch gerecht zu werden? In welchem Zeitraum? Bzw. wie

stellt sich die Verwaltung eine zielführende Kommunikation zwischen den Beteiligten LSH – 1.FFC - Roayls vor?“ wurde sich geeinigt, diese in der Ausschusssitzung zu beantworten.

Frau Aubel erinnert an die Ausschusssitzung am 20.03.2018, wo bereits erläutert wurde, dass sich eine Überschneidung der Nutzungszeiten im Stadion auf lediglich drei Wochenenden im Jahr beschränkte. Für diese vier Termine wurden bereits Ausweidlösungen gefunden. Unter anderem wurden Zeiten im Karl-Liebnecht-Stadion angeboten. Da künftig weitere Flächen nötig seien, wurde bereits ein Termin mit dem Ministerium bezüglich der Ertüchtigung weitere Sportflächen vereinbart. Im Laufe des Jahres sei es gegebenenfalls möglich, weitere Mittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm für diese Zwecke zu erhalten. Dies würde zu einer Entspannung der Situation am Luftschiffhafen führen.

Herr Sima fragt, ob anhand der Nutzungsverträge der beiden Mannschaften nachvollzogen werden kann, welche zeitlichen Regelungen es zur Nutzung gibt Er bittet die Verwaltung, diese Nutzungsverträge dem Ausschuss vorzulegen.

Frau Aubel informiert, dass die entsprechenden Regelungen, wer welche Zeiten erhält, vorhanden sei. Sie sagt eine Information in der nächsten Ausschusssitzung zu.

Herr Wollenberg bittet darum eine schriftliche Vereinbarung zu treffen um Diskussionen im Nachhinein zu vermeiden.

Frau Aubel erklärt, dass eine schriftliche Information zur Regelung an den 1.FFC Turbine Potsdam gesandt wurde, in der auch die Alternativenprüfung enthalten war. Eine Information seitens Turbine, dass auch in Geltow Plätze genutzt werden sei daraufhin erfolgt.

Herr Viehrig weist darauf hin, dass Turbine bereits zwei Rasenplätze, sowie ggf. einen Kunstrasenplatz im Luftschiffhafen nutzt. Zudem nutzt der Verein auch im Sportforum Waldstadt einen Rasen- sowie Kunstrasenplatz. Die Forderung nach einer Gegenüberstellung von Nutzungszeiten könnte somit auch kontraproduktiv sein. Letztendlich müsse dafür gesorgt werden, wettkampftaugliche Sportstätten zu entwickeln. Dies möglichst an Schulstandorten, um die Synergien zu nutzen.

Frau Pichler merkt an, dass es wichtig sei, bei Neubauten von Sportplätzen auf die Wettkampftauglichkeit zu achten und entsprechende Flächen für den Sportstättenbau zurückzuhalten.

Frau Schkölziger fragt, ob die Potsdam Royals den Sportplatz im Kirchsteigfeld, des SC Potsdam nutzt. **Herr Gessner** erläutert, dass die Potsdam Royals als Unterabteilung im SC Potsdam angesiedelt waren. Nachdem sich der Verein eigenständig gemacht hatte wurde auf den Sportplatz in Kleinmachnow ausgewichen. Auf Anfrage der Stadt sei dem Verein dann wieder eine Trainingsnutzung des Platzes im Kirchsteigfeld ermöglicht worden. Wegen der höheren Besucherzahlen sei aber eine Nutzung für Heimspiele auf dem Platz des SC Potsdam nicht mehr möglich. Auch durch die Erhöhung der Nachwuchsarbeit wird mehr Trainingsfläche benötigt.

Herr Sima spricht sich dafür aus, künftig mehr Flächen zur Nutzung für die Royals zu finden. Die Trainingsfläche des 1. FFC Turbine sollte sich aufgrund des Charakters der Sportart an einem Ort konzentrieren.

zu 4.5 **Neubeauftragung Bundesstützpunkt Judo**

Frau Aubel informiert, dass der Fachverband Judo, der Olympiastützpunkt Brandenburg sowie das MBS beabsichtigen, den Bundesstützpunkt Judo am Standort Potsdam zu beantragen. Der Stützpunkt wäre der achte in Potsdam. Die Betriebskosten lägen etwa bei 38 Tsd. EUR. Die im Rahmen der Beantragung des Bundesstützpunktes beantragten Kosten zur Trainingsstättenförderung könnten bei Bereitstellung des Bundesstützpunkttrainings ausfinanzieren. Das MBS benötigt zeitnah eine Rückmeldung, um das Verfahren einzuleiten. Die Verwaltung votet für die Ansiedelung, möchte aber den Fachausschuss mit in die Entscheidung einbeziehen.

Frau Schkölziger spricht sich für eine Beauftragung aus, dass es oft vorkäme, dass in bestimmten Sportarten die entsprechenden Bundesstützpunkte weit außerhalb der Trainingsorte liegen. In diesem Falle könne man den Stützpunkt in der Nähe andocken.

zu 4.6 **Information zur geplanten Erweiterung der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule**

Frau Aubel berichtet, dass alle Schüler des Ü7-Verfahrens im Stadtgebiet mit Schulplätzen versorgt werden könnten und eine Erweiterung der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben Gesamtschule damit verworfen werden könne. Dies könne vermutlich auch perspektivisch realisiert werden, da an der Grundschule an der Pappelallee drei, und nicht wie eigentlich geplant, zwei Züge errichtet werden. Sie berichtet zum Schulstandort Medienstadt. Bis Ende Juni liege das Ergebnis der vorläufigen Untersuchung vor und die mögliche Errichtung einer Schule am Standort sei dann absehbar. Nach der Sommerpause, in der Septembersitzung des Ausschusses könne seitens der Verwaltung informiert werden. Herr Wollenberg bittet um information per E-Mail an die Ausschussmitglieder, sobald das Ergebnis im Juni bekannt ist.

zu 5 **Sonstiges**

zu 5.1 **nächste Ausschusssitzungen**

Herr Viehrig informiert, dass im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung am 19.06.2018 in der Leonardo-Da-Vinci-Gesamtschule geplant sei, sich mit den Ausschussmitgliedern an der Diskussionsrunde „Politik macht Schule“ zu beteiligen. Ab 16:30 Uhr sei zunächst geplant, dass sich die Schulsozialarbeit an der Schule kurz vorstellt, danach schließt sich direkt die Diskussionsrunde an. Die Moderation dieser wird Herr Kube übernehmen. Nach der Diskussionsrunde wird den Ausschussmitgliedern seitens der Schule ein Buffet zur Verfügung gestellt. Sitzungsbeginn ist wie immer 17:30 Uhr. Die Sitzung wird in der Mensa der Leonardo-Da-Vinci Schule stattfinden. **Herr Viehrig** bittet die Ausschussmitglieder, mit Versand der Einladung zur Sitzung eine Rückmeldung zu geben, welchen Ausschussmitgliedern eine Teilnahme ab 16:30 Uhr möglich ist. Er bittet auch, dass die Teilnahme jeweils eines Vertreters jeder Fraktion sichergestellt wird.

Die Sitzungsleitung wird **Herr Keller** in Vertretung übernehmen, da **Herr Viehrig** aus terminlichen Gründen verhindert sein wird.

zu 5.2 Sachstand Verlegung Sportplatz Universität Potsdam

Herr Gessner informiert, dass sich zum Thema bereits eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE ANDERE im Geschäftsgang zur Beantwortung befindet.

Eine Verlagerung der Sportanlage südlich der Lindenallee wird im Zusammenhang mit der Planung zur Erweiterung des Uni-Campus „Neues-Palais“ notwendig.

Es gebe dazu eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK), der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie der LHP. Für die laut Sportfördergesetz des Landes Brandenburg in solchen Fällen vorgeschriebenen Ersatzmaßnahmen der Sportflächen seien mit Ausnahme des Baseball/ Rugbyplatzes die Uni Potsdam und das MWFK zuständig. In Zusammenarbeit mit dem Bereich Stadtplanung wurden mögliche Ersatzgrundstücke (u.a. Kuhforter-Damm und Kaiser-Friedrich-Straße) begutachtet. Die empfohlenen Grundstücke werden aber u.a. aufgrund der nicht ausreichenden Größe nicht für alle Teilflächen ausreichen-zumal sich die Grundstücke in der Kaiser-Friedrich-Straße in Landeseigentum befinden.

Als Ersatzquartier für die Baseball- und Rugbyabteilung des USV suchte die Stadt dann nach anderen, möglichst zentrumsnahen, kommunalen Grundstücken.

Im Ergebnis soll eine Versorgung auf der Sportanlage in Neu Fahrland erfolgen. Eine ausführliche Darstellung erfolgt im Rahmen der Beantwortung o.g. Kleinen Anfrage.

Herr Böttcher fragt nach der Zeitschiene.

Herr Gessner erläutert, dass die Planung in drei Phasen unterteilt werde.

In der mittelfristigen Investitionsplanung der Stadt sind für das Jahr 2020/21 Mittel für die erforderliche Bauplanung und einen ersten Bauabschnitt vorgesehen. Die Mittel für den Abschluss der Maßnahme können erst mit der Haushaltsplanung für das Jahr 2022 eingebracht werden.

zu 5.3 Gewährungen von Leistungen für Bildung und Teilhabe (BUT)

Herr Wollenberg informiert, dass ihm berichtet wurde, dass es bei der Gewährung von Leistungen zur Lernhilfe für die Willkommensklassen zu langen Wartezeiten gekommen sei und Schüler die entsprechenden Leistungen nicht abrufen konnten. Er bittet um Stellungnahme der Verwaltung, zu den langen Bearbeitungszeiten. **Frau Aubel** sagt zu, das Thema im zuständigen Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung anzusprechen und eine Information an den Ausschuss zu geben.

Frau Lange berichtet, dass die entsprechenden Anträge oftmals auch lange an den Schulen lagen, da die Schulleitungen diese nicht mehr selbst unterzeichnen durften.

Frau Lange fragt nach der Berichterstattung zum Thema Schulwegsicherungskonzept Fahrland. Eine Aufschlüsselung der Finanzierung war in der letzten Sitzung angefragt und zugesagt worden. Die Frage wird nocheinmal an den zuständigen Fachbereich Bildung und Sport gegeben.